

Regional differenzierte Entwicklung des Hochschulzugangs in den neuen Bundesländern, dargestellt am Beispiel des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Henri Adler
Irene Lischka

In den neuen Bundesländern wurden in den zurückliegenden Monaten wesentliche Entscheidungen zur Entwicklung des Bildungsbereichs, speziell der Hochschulen getroffen. Eine Basis dafür bildeten u. a. die zu erwartenden Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen. Jetzt anstehende präzisierende Bildungsplanungen bedürfen detaillierter Grundlagen, u. a. des Aufkommens aus den einzelnen Regionen. Fortschreibungen sind dazu nicht möglich, da in den zurückliegenden Jahrzehnten ein regional differenziertes Bildungsverhalten negiert und Bildungsströme weitestgehend nach einheitlichen zentralen Quoten gesteuert wurden. In dem Aufsatz wird dargestellt, in welcher Weise gegenwärtig regional differenzierte Bildungsplanung möglich ist.

1 Vorbemerkungen

In den neuen Bundesländern stehen derzeit erhebliche Veränderungen des gesamten Bildungsbereichs an. Solche Prozesse zwingen Fragen nach der Bilanz bisherigen und nach der Prognose künftigen Bildungsverhaltens auf. Für den Hochschul- und den vorgelagerten Sekundarschulbereich ist dabei die Analyse des Hochschulzugangs von außerordentlicher Relevanz. Erste Arbeiten dazu wurden Anfang 1991 vorgelegt.¹ Diese waren zunächst darauf gerichtet, die Gesamtheit des in den kommenden zwei Jahrzehnten möglichen Aufkommens an Studienberechtigten und Studienanfängern aus den neuen Bundesländern auszuweisen. Nachdem grundsätzliche Entscheidungen zu Umfang und Struktur des Bildungswesens in den neuen Bundesländern getroffen wurden, sind nunmehr Detailierungen und Präzisierungen erforderlich. Dazu gehören u. a. regional differenzierte Berechnungen (als Region wird in diesem Zusammenhang eine Zusammenfassung benachbarter, infrastrukturell verbundener Kreise innerhalb eines bestimmten Bundeslandes verstanden). Solche Vorausschätzungen dürften vor allem deshalb von besonderem Interesse sein, weil dazu kaum Trendfortschreibungen möglich sind. Denn in den zurückliegenden Jahrzehnten bildeten staatlich vorgegebene einheitliche Quoten der Bildungsbeteiligung die Grundlage der Bildungsplanung (auch wenn diese einheitlichen Vorgaben in der Praxis durch bestimmte "Kunstgriffe" in geringem Maße umgangen wurden). Mit den einheitlichen Vorgaben wurde jedoch das sozial und regional differenzierte Bildungsbedürfnis negiert. Dabei gilt als wissenschaftlich unstrittig belegt, daß die Bildungsbeteiligung im Zusammenhang mit anderen Faktoren - wie soziale Herkunft, Geschlecht, Arbeitsmarkt, Netz der Bildungseinrichtungen, Infrastruktur, Traditionen und mentalen Faktoren - regional determiniert und differenziert ist.²

Anhand des vorliegenden Aufsatzes soll verdeutlicht werden, mit welchen Methoden und Verfahren versucht wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt regional differenzierte Bildungsprognosen für die neuen Bundesländer zu erstellen. Dabei verfolgten wir primär das Ziel, das Bildungspotential (also das Aufkommen an Studienberechtigten und Studienanfängern) aus einzelnen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns vorauszuschätzen. Einschätzungen zu den innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns verbleibenden bzw. der

¹ Vgl. Adler, H.; Lischka, I.: Vorausschätzungen zu den Studienberechtigten- und Studienanfangszahlen aus den neuen Bundesländern. In: Beiträge zur Hochschulforschung 1991, Heft 3, S. 227 ff.

² Vgl. Giese, E.: Hochschulen als Gegenstand regionalwissenschaftlicher Forschung. In: Aktuelle Beiträge zur Hochschulforschung 1987, Nr. 62 und Helberger, Ch.; Palamadis, H. (Hrsg.): Diagnose und Prognose des Bildungsverhaltens. Baden-Baden 1990.

aus anderen Bundesländern hinzukommenden Studienanfänger sind derzeit nur sehr bedingt möglich, da dafür das zu erwartende Wanderungsverhalten der Studienanfänger an die Hochschulen unter Berücksichtigung deren inhaltlimmkjlicher Umstrukturierung in Ansatz zu bringen ist. Für eine solide diesbezügliche Einschätzung fehlen bisher die Voraussetzungen.

2 Studienberechtigte und Bewerbungen zum Hochschuldirektstudium 1990

In Mecklenburg-Vorpommern erwarben im Jahre 1990 3.970 Personen, das sind 15,5 Prozent des alterstypischen Jahrganges, die Studienberechtigung, und es bewarben sich, einschließlich Altabiturienten, 4.709 Studienberechtigte, d. h. 17,9 Prozent des typischen Altersjahrganges an Hochschulen in den neuen Bundesländern¹, darunter etwa die Hälfte an den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern.²

Von den Bewerbern wurden hauptsächlich aufgrund bereits belegter Studienplätze infolge in vorangegangenen Jahren vorab zugelassener Vorpraktikanten und Wehrdienstleistender nur ca. 74 Prozent, d. h. 13,2 Prozent des typischen Altersjahrganges zum Studium zugelassen. Diese Werte unterscheiden sich nur unwesentlich von den entsprechenden Quoten der anderen vier Flächenländer. Das ist hauptsächlich auf die in der DDR bildungspolitisch angestrebten regional gleichen Zugangsmöglichkeiten zu den Bildungsstufen zurückzuführen. Lediglich Berlin (Ost) weist Quotenwerte auf, die deutlich über denen der Flächenländer liegen. Dies deutet auf Unterschiede in der Beteiligung am Hochschulzugang zwischen Stadt und Land hin.

2.1 Studienberechtigte in Mecklenburg-Vorpommern

Die Struktur der erteilten Studienberechtigungen nach Bildungswegen weicht im Land Mecklenburg-Vorpommern nur geringfügig vom Durchschnitt aller neuen Bundesländer ab. Auch dies ist im wesentlichen noch die Folge zentralstaatlich vorgegebener Bildungsstrukturen und -quantitäten, was insbesondere auf den ersten Bildungsweg zutrifft.

¹ Angaben über die Zahl der Bewerber an Hochschulen in den alten Bundesländern, einschließlich Berlin-West, liegen nicht vor.

² Alle Angaben über die Zahl der Studienberechtigten, Bewerbungen und Zulassungen basieren auf statistischen Aufbereitungen der Zentralstelle für Studienbewerbungen Magdeburg des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der DDR.

Im Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern fällt jedoch auf, daß in Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1990 von 100 Jugendlichen ein höherer Anteil als in allen anderen Flächenländern die Studienberechtigung über den zweiten Bildungsweg erwarb. Dieser höhere Quotenwert wird durch eine überdurchschnittliche Frequentierung des Vorkurses für junge Facharbeiter hervorgerufen (vgl. Tab. 1). Dagegen wurden über die Wege EOS und BAma leicht unterdurchschnittliche Berechtigtenquoten erreicht.

Tab. 1: Studienberechtigte je 100 Jugendliche des durchschnittlichen alters-typischen Jahrganges nach Bildungswegen in den neuen Bundes-ländern und Berlin (Ost) - 1990

Bildungsweg*	Bundesland						
	Brand.-burg	Berlin	Meckl.-Vorp.	Sachs.-Anhalt	Sachs.	Thür.	Ins-ge.
Studienber. gesamt	15,2	19,8	15,5	15,9	16,1	15,4	16,0
1.Bildungsweg dar. EOS	13,6	16,1	13,6	14,2	14,7	13,8	14,2
BAma	8,6	10,8	8,9	9,5	9,8	8,6	9,3
	4,9	4,9	4,5	4,3	4,7	5,0	4,7
2.Bildungsweg dar. Vork.	1,6	3,7	1,9	1,8	1,4	1,6	1,8
VHS	0,9	1,9	1,3	1,0	0,8	0,8	1,0
	0,6	1,2	0,5	0,6	0,5	0,7	0,6

* Erläuterung der Bildungswege: EOS = Erweiterte Oberschule; BAma = Berufsausbildung mit Abitur; Vorkurs = einjähriger Vorkurs an Hochschulen für junge Facharbeiter; VHS = Volkshochschule

Diese länderspezifischen Werte, vor allem die meist überdurchschnittlichen Quoten für Berlin deuten bereits darauf hin, daß die in der DDR bildungs-politisch angestrebten gleichen Zugangsmöglichkeiten in allen territorialen Einheiten nur zum Teil erreicht wurden. Das zeigt sich besonders bei einer nach Kreisen und Regionen differenzierten Betrachtung.

2.2 Studienberechtigte und Bewerber nach Kreisen und Regionen¹

Beim Zugang zum Hochschulstudium bestanden 1990 zwischen den Kreisen des Landes Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Unterschiede. Bereits die Zahl der Studienberechtigten am Altersjahrgang schwankt beträchtlich. Im Stadt- und Landkreis Rostock² erhielten mit 19,7 Prozent fast doppelt so viele Jugendliche vom Altersjahrgang die Studienberechtigung wie im Kreis Röbel (10,4 Prozent). Bei den Bewerbungen liegt die Quote für Rostock (24,5 Prozent) mehr als doppelt so hoch wie in den Kreisen mit dem niedrigsten Bewerberanteil Röbel und Pasewalk (11,1 Prozent).

Von den 31 Kreisen des Landes weisen nur ca. 39 Prozent eine Berechtigtenquote und nur noch 29 Prozent eine Bewerberquote auf, die im Durchschnittsbereich von ± 10 Prozent des Wertes für das gesamte neue Bundesgebiet liegt (vgl. Tabelle 2). Dagegen ist in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil Kreise mit unterdurchschnittlichen Quoten besonders hoch. In 58 Prozent der Kreise liegt die Studienberechtigtenquote unter dem Durchschnittsbereich. Dieser Anteil liegt deutlich höher als im Land Brandenburg mit 44 Prozent (vgl. Tab. 2).

Andererseits sind die territorialen Unterschiede im Erwerb der Studienberechtigung im Land Mecklenburg-Vorpommern nicht so stark ausgeprägt wie beispielsweise im Land Niedersachsen (ca. 25 Prozent aller Kreise unter 75 Prozent und ca. 18 Prozent über 128 Prozent der durchschnittlichen Berechtigtenquote des Landes 1987).³ Wenn sich ähnliche Bildungsstrukturen und sozialökonomische Bedingungen herausbilden, ist auch in Mecklenburg-Vorpommern eine stärkere territoriale Differenzierung in der Bildungsbeteiligung zu erwarten. Die Spannbreite der Bewerberquote zwischen den Kreisen ist bereits 1990 ausgeprägter und der Anteil Kreise mit Werten unter 75 Prozent vom Durchschnitt liegt höher als bei den Studienberechtigten (vgl. Tab. 2). Wieweit sich eine solche differenzierende Tendenz durchsetzen kann, wird jedoch wesentlich vom Ausbau des Schulnetzes im Gymnasialbereich beeinflusst.

¹ Die Gliederung nach Regionen erfolgt entsprechend den Empfehlungen der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung zur Bildung von Raumordnungsregionen für das Land Mecklenburg-Vorpommern. In: BfLR-Mitteilungen 1991, Heft 2, S. 5.

² Infolge ungenauer Angaben über den Heimatkreis konnte keine eindeutige Zuordnung nach Stadt- und zugehörigen Umlandkreisen erfolgen.

³ Berechnet nach: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover GmbH: Information 1990, Heft 13, S. 34.

Tab. 2: Gruppierung der Kreise* des Landes Mecklenburg-Vorpommern nach der Höhe der Studienberechtigten- und Bewerberquote in Prozent vom Durchschnittswert im neuen Bundesgebiet (= 100 %). Zum Vergleich: Studienberechtigtenquote im Land Brandenburg

Skala	Land Mecklenburg-Vorpommern				Land Brandenburg	
	Studienberechtigtenquote		Bewerberquote		Studienberechtigtenquote	
	Zahl der Kreise abs.	%	Zahl der Kreise abs.	%	Zahl der Kreise abs.	%
unter 75%	3	9,7	6	19,4	3	7,7
75% bis 89,9%	15	48,4	13	41,9	14	35,9
90% bis 109,9%**	12	38,7	9	29,0	19	48,7
110% bis 124,9%	1	3,2	1	3,2	3	7,7
125% und darüber	-	-	2	6,5	-	-
Alle Kreise	31	100,0	31	100,0	39	100,0

* Stadtkreise und zugehörige Umlandkreise als jeweils ein Kreis gerechnet

** Durchschnittsbereich von $\pm 10\%$ des Wertes für das gesamte neue Bundesgebiet, der als normale Schwankungsbreite verstanden wird

Der Regional-Vergleich insgesamt läßt erkennen, daß die beiden westlichen Regionen, insbesondere Rostock, höhere Quotenwerte als die beiden östlichen Regionen aufweisen (vgl. Tab. 3). Werden jedoch nur die Landkreise in Betracht gezogen, so hebt sich auch der Raum um Rostock nicht durch erheblich abweichende Quotenwerte heraus. Dies ist ein Ausdruck dafür, daß vor allem durch die größeren Städte territoriale Differenzierungen im Erwerb der Studienberechtigung und in der Beteiligung am Studium hervorgerufen werden.

Tab. 3: Studienberechtigte je 100 Jugendliche des durchschnittlichen alters-
typischen Jahrganges (18- bis unter 20jährige) insgesamt und nach
ausgewählten Bildungswegen in territorialen Einheiten des Landes
Mecklenburg-Vorpommern - 1990

Territoriale Einheit	Studienbe- rechtigte insgesamt	Erster Bildungsweg			Zweiter Bildungsweg		
		gesamt	darunter EOS BAuA		gesamt	darunter Vork. VHS	
I. Nach Ortsgröße							
1. Stadt- u. um- landkrs.	17,7	14,6	9,3	5,2	3,1	2,1	0,8
2. Landkrs. mit Orten über 20 Tsd. EW	15,0	13,8	9,4	4,1	1,2	0,6	0,5
3. Landkrs. ohne Orte über 20 Tsd. EW	13,4	12,4	8,3	4,0	1,0	0,7	0,2
II. In Regionen*							
1. Rostock	16,9 (13,6)	14,4 (12,5)	9,1	5,1	2,5 (1,1)	1,7	0,7
2. Strals.-Greifsw.	14,8 (14,0)	12,8 (12,7)	8,5	4,2	2,0 (1,3)	1,3	0,6
3. Schwerin	15,4 (14,0)	13,6 (13,0)	9,1	4,4	1,8 (1,0)	1,4	0,3
4. Neubrandenbg.	14,5 (13,4)	13,2 (12,6)	8,8	4,3	1,3 (0,8)	0,8	0,4
Mecklenburg-Vor- pommern	15,5	13,6	8,9	4,5	1,9	1,3	0,5

* Klammerwerte: ohne Stadt- und Stadtumlandkreise

2.3 Studienberechtigte und Bewerber nach Stadt und Land

In Mecklenburg-Vorpommern besteht, wie in den anderen neuen Bundesländern auch, ein deutlich ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle im Hochschulzugang. Die Stadt-/Stadtumlandkreise besitzen - gemessen am Landesdurchschnitt - durchweg überdurchschnittliche Berechtigten- und Bewerberquoten (vgl. Tab. 3). Dabei heben sich vor allem Rostock und die ehemalige Bezirksstadt Schwerin durch höhere Quotenwerte noch etwas ab. Ein Einfluß der Ortsgröße und der damit verknüpften sozialökonomischen Strukturen auf die Zugangsquoten zum Studium besteht auch im Rahmen der Landkreise. Landkreise ohne Orte über 20 Tsd. Einwohner weisen insgesamt und nach allen Bildungswegen fast ohne Ausnahme niedrigere Anteile Studienberechtigte und Bewerber am Jahrgang auf als die Landkreise mit größeren Orten (vgl. Tab. 3).

Das Ausmaß des Stadt-Land-Gefälles läßt sich etwa abschätzen durch Vergleich der Quotenwerte der Landkreise ohne Orte über 20 Tsd. Einwohner (ländliche Kreise) mit denen der Stadtkreise/Stadtumlandkreise. Die durchschnittliche Studienberechtigtenquote dieser ländlichen Kreise liegt nur bei 76 Prozent des Durchschnittswertes der Stadtkreise. Noch größer ist der Niveauunterschied bei der Bewerberquote (68 Prozent) (vgl. Tab. 4).

Das größere Stadt-Land-Gefälle bei den Bewerbungen weist darauf hin, daß in den größeren Städten 1990 ein umfangreicherer Nachholebedarf nach Hochschulausbildung existierte und generell stärkere Bestrebungen zum Erwerb höherer Bildung bestehen als in den ländlichen Gebieten. Die weitere territoriale Differenzierung im Hochschulzugang wird daher voraussichtlich in erster Linie von der Entwicklung des Stadt-Land-Gefälles geprägt werden.

Tab. 4: Niveau des Anteils Studienberechtigte und Bewerber am Jahrgang der ländlichen Kreise* in Prozent vom Durchschnittswert der Stadtkreise/Stadtumlandkreise im Land Mecklenburg-Vorpommern insgesamt und nach ausgewählten Bildungswegen

	Bildungsweg				
	Insges.	EOS	BAmA	Vorkurs	VHS
Studienberechtigte	76	89	77	33	29
Bewerber	68	83	68	26	20

* Landkreise ohne Orte über 20 Tsd. Einwohner

Wie aus Tab. 4 hervorgeht, ist dieses Gefälle nach Bildungswegen in unterschiedlichem Maße ausgeprägt. Hierin drückt sich eine spezifische territoriale Funktion der einzelnen Bildungswege aus:

- Das geringste Gefälle trat 1990 beim relativ dichten Netz der Erweiterten Oberschulen auf. Dennoch setzen sich die stärker geprägten Bildungsinteressen der städtischen Bevölkerung zum Teil auch in diesem Bildungsweg durch.

- Außerordentlich groß ist der Unterschied zwischen Stadt und Land beim Erwerb der Studienberechtigung über Einrichtungen des zweiten Bildungsweges. Hier liegt die Beteiligung in ländlichen Kreisen nur bei etwa 30 Prozent des Wertes der Stadtkreise. Zum Teil kommt darin zum Ausdruck, daß die Studierwilligen in den Städten ihre Bildungsinteressen in gewissem Umfang nur über den zweiten Bildungsweg realisieren konnten. So befanden sich unter befragten Absolventen des zweiten Bildungsweges 60 Prozent, die ursprünglich an Einrichtungen des ersten Bildungsweges das Abitur ablegen wollten.¹
- Am stärksten ist das Stadt-Land-Gefälle beim Erwerb der Studienberechtigung über die Volkshochschule ausgeprägt. Volkshochschulen bieten aufgrund ihres spezifischen Charakters (Abendstudium, notwendige Mindestteilnehmerzahl) vor allem im ländlichen Raum eingeschränkte Möglichkeiten zum Erwerb der Hochschulreife. Dieser Nachteil wird auch zukünftig wirksam bleiben.
- Das stärkere Stadt-Land-Gefälle in der Frequentierung der Einrichtungen der BAMa ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie überwiegend an die berufliche Bildung in größeren Betrieben, die in der Regel in den Städten angesiedelt sind, gebunden waren. Daher besaßen Jugendliche aus Städten und Industriegebieten etwas günstigere Zugangsbedingungen.

Insgesamt ist erkennbar, daß die verfügbaren Bildungswege, deren Organisation und die Ausstattung der Territorien mit entsprechenden Einrichtungen eine territorial differenzierende Funktion beim Hochschulzugang ausüben. Jedoch kann davon ausgegangen werden, daß die relative Bedeutung des zweiten Bildungsweges mit seiner stärker territorial differenzierenden Wirkung zurückgehen wird, weil dieser zukünftig nicht mehr - wie in der DDR infolge des limitierten Zuganges über den ersten Bildungsweg - als Ausweichweg zum Erwerb der Hochschulreife dienen muß. Daher wird vor allem durch den Ausbau der Gymnasialstufe und der Einrichtungen zum Erwerb der Fachhochschulreife das Ausmaß der weiteren territorialen Differenzierung in der Bildungsbeteiligung geprägt werden.

¹ Lischka, I.: Hochschulzugang junger Facharbeiter über die Vorkurse. Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin. In: Forschung über das Hochschulwesen 1987, Heft 21.

2.4 Struktur der Bewerbungen nach Wissenschaftszweigen/Fächergruppen

Die Struktur der Bewerbungen nach Wissenschaftszweigen/Fächergruppen im Jahre 1990 spiegelt noch weitgehend die Proportionen in den für alle territorialen Einheiten der DDR gleichermaßen geltenden bildungspolitischen Orientierungen wider, nach denen in der DDR die Studienfachwahl erfolgen sollte. Daher weisen die Bewerbungen nach Wissenschaftszweigen in Mecklenburg-Vorpommern weitgehend ähnliche Proportionen in der Struktur und im Anteil am Jahrgang auf wie im Durchschnitt des gesamten neuen Bundesgebietes (vgl. Tab. 5).

Tab. 5: Struktur der Bewerbungen 1990 und Anteil Bewerber am Altersjahrgang* in Mecklenburg-Vorpommern und im neuen Bundesgebiet insgesamt nach Wissenschaftszweigen/Fächergruppen - in Prozent

Wissenschaftszweig/ Fächergruppe	Struktur der Bewerbungen		Anteil Bewerber am Altersjahrgang	
	Mecklenbg.- Vorpommern	neues Bundes- gebiet	Mecklenbg.- Vorpommern	neues Bundes- gebiet
Mathemat./Naturwiss.	5,2	6,2	0,9	1,1
Ingenieurwiss.	33,6	34,7	6,0	6,2
Medizin	6,8	7,1	1,2	1,3
Agrarwiss.	5,7	4,5	1,0	0,8
Wirtsch./Phil./Rechtswiss.	17,3	17,9	3,1	3,4
Kultur-/Literaturwiss.**	3,0	3,1	0,5	0,5
Kunst	0,9	1,7	0,2	0,3
Pädagogik/Lehrer	23,4	20,2	4,2	3,6
übrige	4,1	3,7	0,8	0,7
Gesamt	100,0	100,0	17,9	17,9

* Bewerbungen je 100 Jugendliche des durchschnittlichen Jahrganges der 18- bis unter 21jährigen

** Kultur-, Kunst- und Sportwissenschaften, Literatur- und Sprachwissenschaften und Theologie

Geringe Abweichungen betreffen unterdurchschnittliche Werte bei Bewerbungen in naturwissenschaftlich-technischen Fächern einerseits und überdurchschnittliche Werte im Fall der Agrarwissenschaften und Lehrerbildung andererseits. Der Einfluß wirtschaftsstruktureller Gegebenheiten mit einem hohen Anteil der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wird hier wirksam.

Etwas deutlicher treten strukturelle Unterschiede zwischen Stadt-/Stadtumlandkreisen und Landkreisen hervor. Bewerber aus den Städten orientieren sich stärker als jene aus den Landkreisen auf naturwissenschaftlich-technische, wirtschafts- und geisteswissenschaftliche Studienrichtungen. Dagegen bevorzugen Bewerber aus den Landkreisen erwartungsgemäß besonders die Agrarwissenschaften, aber auch das Studium der Medizin und das Lehrerstudium (vgl. Tab. 6).

Tab. 6: Anteil Bewerber am Altersjahrgang in Stadt-/Stadtumlandkreisen und in Landkreisen sowie Niveau der Anteilswerte der Landkreise zu den Stadtkreisen (= 100 %), nach Wissenschaftszweigen - Land Mecklenburg-Vorpommern

Wissenschaftszweig/ Fächergruppe	Anteil am Altersjahrgang		Niveau Landkreise %
	Stadt-/Stadtumlandkreise	Landkreise	
Mathemat./Naturwiss.	1,2	0,7	61
Ingenieurwiss.	7,7	4,7	60
Medizin	1,3	1,1	88
Agrarwiss.	0,9	1,2	137
Wirtsch./Phil./Rechtswiss.	3,9	2,4	63
Kultur-/Literaturwiss.	0,9	0,3	35
Kunst	0,2	0,1	42
Pädagogik/Lehrer	4,6	3,9	85
Gesamt	21,4	15,2	71

Zunächst ist festzustellen, daß das Stadt-Land-Gefälle einerseits allgemeiner Natur ist, denn ein solches Gefälle besteht - mit Ausnahme der Agrarwissenschaften - bei den Bewerberquoten aller Wissenschaftszweige.

Andererseits weist dieses Gefälle nach Wissenschaftszweigen deutliche Differenzierungen auf.

- Medizin- und Lehrerstudium, d. h. überwiegend auf örtlich dezentral orientierte soziale Dienste bezogene Studienrichtungen, mit geringem Unterschied in den Bewerberquoten zwischen Stadt und Land;
- die Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, die überwiegend für die produzierenden Wirtschaftsbereiche ausbilden, mit einem bedeutenden Niveauunterschied zwischen Stadt und Land;

- Studienrichtungen der Geisteswissenschaft und Kunst, welche überwiegend für zentralstandörtliche Dienste den Nachwuchs ausbilden, sind auf dem flachen Lande in sehr viel geringerem Umfang als in den größeren Städten gefragt.

Hinsichtlich der fachbezogenen Bewerberstrukturen und -quoten haben sich somit im Ansatz territoriale Unterschiede herausgebildet, die mit den jeweiligen wirtschaftlichen und beruflichen Gegebenheiten in Verbindung stehen. Sie werden sich voraussichtlich zukünftig noch verstärken, weil die bisherigen fachbezogenen Orientierungen inzwischen weggefallen sind. Der Strukturwandel im Hochschulbereich der neuen Länder wird außerdem zu erheblichen Veränderungen in den fachbezogenen Ausbildungsproportionen und in den Standorten dieser Ausbildung führen. So ist abzusehen, daß der Anteil Studienanfänger in ingenieur- und agrarwissenschaftlichen Studienrichtungen sowie der Lehramtsstudiengänge zurückgehen wird bei Zunahme des Anteils der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft sowie der Sprach- und Kulturwissenschaften. Bei zukünftig stark steigenden Studienanfängerzahlen wird auch der Anteil des Studienfachs Medizin relativ zurückgehen. In den Studiengängen Medizin und Zahnmedizin lag die Quote der Studienanfänger am Altersjahrgang in den neuen Bundesländern schon 1990 etwas über der im alten Bundesgebiet. Ein weiterer absoluter Anstieg der Studienanfängerzahl dürfte daher kaum erfolgen. Dieser Wandel wird sich in den territorialen Einheiten unterschiedlich auswirken. Im ländlichen Raum sind Anpassungsprobleme einerseits dadurch zu erwarten, daß hier gerade in jenen Studienrichtungen, die einen Bewerberzuwachs zu erwarten haben - also den geisteswissenschaftlichen Fächern - das Interesse relativ gering ausgeprägt ist. Andererseits wird voraussichtlich infolge des Strukturwandels in der Landwirtschaft besonders im ländlichen Raum die Nachfrage nach agrarwissenschaftlichen Studiengängen zurückgehen. Dieser Prozeß wird sich infolge des bisher hohen Anteils der Landwirtschaft am Beschäftigtenpotential im Land Mecklenburg-Vorpommern besonders bemerkbar machen.

3 Quantitative Entwicklung der Studienberechtigtenjahrgänge

Der durchschnittliche alterstypische Jahrgang bildet die quantitative Basis für die mögliche Entwicklung der Zahl Bildungswilliger.

Bis zum Jahr 2010 wird die Zahl der Jugendlichen des durchschnittlichen

Jahrganges der 18- bis unter 20jährigen¹ in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt einen ausgeprägt dynamischen Verlauf nehmen. Die Jahrgangsstärke erreicht 1992 mit etwa 85 Prozent des Umfanges von 1990 einen Tiefpunkt. Danach erfolgt bis 1998 ein schneller Anstieg um ca. 40 Prozent auf 120 Prozent der 90er Zahl. Bis zum Jahr 2006 geht die Zahl der 18- bis unter 20jährigen nur geringfügig zurück.

Der demographisch bedingte Geburtenrückgang seit 1988, der sich ab Herbst 1990 durch sozialbedingte Faktoren im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels noch verstärkt hat, bewirkt eine erhebliche Verringerung der Jahrgangsstärke nach 2006. Im Jahre 1991 liegen die Geburtenzahlen im neuen Bundesgebiet um ca. 40 Prozent unter denen des Vorjahres.²

Es wird jedoch davon ausgegangen, daß der Tiefpunkt dieser Entwicklung nahezu erreicht und im Jahre 1992 etwa die 1991er Geburtenzahl zu erwarten ist. Unter diesen Bedingungen wird sich die Zahl der 18- bis unter 20jährigen bis zum Jahre 2010 gegenüber 1990 voraussichtlich fast halbieren (vgl. Tab. 7).

Tab. 7: Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der 18- bis unter 20jährigen 1990 bis 2010 in Regionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (ohne Migration), absolut in Tausend und in Prozent

Jahr	Land insgesamt		Regionen							
			Rostock		Stralsund-Greifswald		Schwerin		Neubrandenburg	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1990	25,6	100	7,1	100	5,7	100	7,2	100	5,6	100
1992	21,9	86	5,9	84	5,0	87	6,2	86	4,8	86
1995	27,0	105	7,3	102	6,3	109	7,4	103	6,0	108
2000	30,1	117	8,2	115	6,9	120	8,3	116	6,7	120
2005	29,1	114	7,9	111	6,7	117	8,0	112	6,5	117
2010	13,6	53	3,7	52	3,1	54	3,8	53	3,0	54

¹ Alterstypischer Durchschnittsjahrgang bei einer 12jährigen Bildungsdauer bis zum Abitur. Grundlage der Berechnung des Durchschnittsjahrganges sind Daten des Statistischen Amtes der DDR über die Zahl der unter 1- bis 25jährigen in den Kreisen (Stand: 31. 12. 1989), Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Gemeinsamen Statistischen Amtes der Länder über die Geburtenzahlen im Jahr 1990 und im 1. Halbjahr 1991 sowie statistische Daten zur Überlebensrate.

² Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Wiesbaden 1992, Heft 4, S. 96.

In den einzelnen Regionen entspricht die Entwicklung des durchschnittlichen Altersjahrganges in den Grundlinien der Dynamik des Landesdurchschnittes. Die Regionen Stralsund-Greifswald und Neubrandenburg unterscheiden sich jedoch insofern von den beiden anderen Regionen, als hier die Jahrgangsstärke vor allem zwischen 1995 und 2005 bezogen auf 1990 ein etwas höheres Wachstumsniveau erreichen wird. In allen vier Regionen ist jedoch ein gleichermaßen starker Rückgang des Durchschnittsjahrganges bis 2010 zu erwarten (vgl. Tab. 7).

Aus diesem Rückgang können allerdings keine Rückschlüsse auf längerfristige Konsequenzen hinsichtlich des Aufkommens an Studienberechtigten und der Nachfrage nach Studienplätzen gezogen werden. Mit der Konsolidierung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den neuen Bundesländern ist nach 1992 mit einem Wiederanstieg der Geburtenzahl, u. a. durch ein Nachholen zuvor nicht realisierter Wünsche nach Kindern, zu rechnen. Dementsprechend könnte die alterstypische Jahrgangsstärke nach 2010 wieder deutlich ansteigen.

Schließlich ist zu beachten, daß bei der Berechnung der Jahrgangsstärken die zu erwartende Wanderungsbewegung zwischen den Bundesländern und Regionen aufgrund von fehlenden Daten und großen Unsicherheiten über das künftige Wanderungsverhalten der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden konnte. Bei weiter anhaltenden Wanderungsverlusten der neuen Bundesländer¹ in der Ost-West-Migration ist real von geringeren Jahrgangsstärken als den hier ermittelten auszugehen. In jedem Fall sind wanderungsbedingte Veränderungen in der Entwicklung der Altersjahrgänge zwischen den Regionen zu erwarten.

4 Ausgangspositionen zur Entwicklung der Studienberechtigten und Studienanfänger

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen noch erhebliche Unsicherheiten über den Verlauf der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, insbesondere über den Zeithorizont der Angleichung an das Niveau der alten Bundesländer. Das gilt für Mecklenburg-Vorpommern in ganz besonderem Maße. Die Arbeitslosenquote liegt für dieses Land über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Ein Ansatz vor allem zur

¹ In einer Bevölkerungsprognose wird beispielsweise in Variante 3 mit 2,1 Mio Abwanderern und 820 Tsd. Zuwanderern für die neuen Bundesländer gerechnet. (Institut für Soziologie und Sozialpolitik/Hochschule für Ökonomie: Bevölkerungsprognose 2000 für die neuen Bundesländer auf dem Territorium der ehemaligen DDR, Berlin 1990).

Kompensation der bislang stark landwirtschaftlich geprägten Wirtschaft dieses Landes ist noch nicht zu erkennen. Resultierend aus der wirtschaftlichen Situation sind auch die finanziell-materiellen Bedingungen im Bildungsbereich von außerordentlicher Brisanz. Beispielsweise wurden der Universität Rostock für 1992 zunächst lediglich Finanzen in einem solchen Umfang bewilligt, daß damit nur die Bewirtschaftung der Gebäude, aber keine Lehre möglich gewesen wäre.¹

Da die wirtschaftlich-soziale Entwicklung neben weiteren Faktoren auch das Bildungsverhalten der Jugend ganz entscheidend beeinflussen dürfte, sind damit gegenwärtig auch sämtliche diesbezüglichen Prognosen mit sehr hohen Unsicherheiten behaftet. Davon ausgehend kann deshalb nur durch das Aufzeigen mehrerer Entwicklungsvarianten, die jeweils unterschiedlichen Grundannahmen folgen, zur Vorausschätzung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen beigetragen werden.

Zunächst gilt, daß Anteil und Anzahl der Studienberechtigten am Altersjahrgang bis 1992 relativ konstant bleiben. Das resultiert aus dem erst seit 1990 möglichen relativ freien Wechsel in die gymnasiale Oberstufe. Mithin ist ein sprunghafter Anstieg der Studienberechtigtenquote (Anteil am alterstypischen Jahrgang) erst ab 1993 als Folge der 1991 durchgeführten Neustrukturierung des Bildungswesens zu erwarten.

Für den daran anschließenden Zeitraum sind aus gegenwärtiger Sicht mehrere, im Tempo der Angleichung an die alten Bundesländer unterschiedliche Varianten denkbar. Eine sofort dem Niveau der alten Länder entsprechende Studienberechtigtenquote erscheint derzeit wenig wahrscheinlich. Vielmehr nehmen wir an, daß die unter DDR-Bedingungen erfolgte Sozialisation (der zu betrachtenden Jahrgänge und der entsprechenden Elterngeneration) im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Wirtschaft noch über einen längeren Zeitraum prägend sein könnte. Allerdings sind auch nicht vorhersehbare plötzliche Umbrüche durchaus im Bereich des Möglichen.

Für eine dem Sprung 1993 folgende weitere allmähliche Annäherung an die Studienberechtigtenquoten der alten Bundesländer sprechen aus unserer Sicht folgende Fakten:

- Hochschulbildung in der DDR war stark auf berufliche Verwertbarkeit orientiert; hohe Bildung als Selbstwert hatte dagegen einen vergleichsweise geringeren Stellenwert im allgemeinen Bewußtsein. Damit werden

¹ Vgl. Für diesen Haushalt kann keiner mehr die Verantwortung übernehmen (Konzil v. 13. 2. 1992). In: Rostocker Universitätszeitung, 3. (Not)Ausgabe v. 25. 2. 1992.

Studienabsichten vermutlich noch lange in erster Linie von den Möglichkeiten der Umsetzung auf dem Arbeitsmarkt geprägt sein.

- Nichtakademische berufliche Bildung erfuhr in der DDR im Durchschnitt mindestens ebenso hohe gesellschaftliche Anerkennung (Entlohnung, Wohnungsversorgung u. ä.) wie akademische Bildung; diese reichte sogar bis zu Ansätzen von Intelligenzfeindlichkeit. Anzunehmen ist, daß der Wunsch nach nichtakademischer beruflicher Bildung relativ hoch bliebe, wenn entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten bestünden. Im Widerspruch dazu ist aber durchaus auch die Orientierung auf einen hohen Verdienst zu sehen. Mit dem nunmehr größeren Lohngefälle zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit könnte sich allerdings auch die Motivation für höhere Bildung unerwartet stark ausprägen.
- Die Elterngeneration der zu betrachtenden künftigen Studentengeneration erlebte ausschließlich das Bildungswesen der DDR. Das bedeutet, sie wurde in vergleichsweise starkem Maße durch mathematisch--naturwissenschaftliche und beruflich-orientierte technische Bildung, gleichzeitig aber durch eingeschränktere Möglichkeiten der geistig--kulturellen sowie weltanschaulich-ethischen Bildung geprägt. Daraus könnten u. a. noch längerfristig etwas unterschiedliche Lebenshaltungen resultieren, vor allem in Verbindung mit unterschiedlichen Lebensverhältnissen in den alten und den neuen Bundesländern. Wahrscheinlich ist, daß die Studienwünsche der künftigen Abiturienten diese geistige Ausrichtung noch über Jahre widerspiegeln werden.
- Selbst wenn es gelänge, die Wirtschaft in den neuen Bundesländern in wenigen Jahren zu stabilisieren, wird die materielle und finanzielle Situation der Familien in den neuen Bundesländern noch sehr lange wesentlich ungünstiger als in den alten Bundesländern sein. Schließlich wurde in der DDR in den zurückliegenden vierzig Jahren faktisch kaum Eigentum (z. B. Wohneigentum) erwirtschaftet (allein die Spareinlagen pro Kopf der Bevölkerung betragen in den alten Ländern das Fünffache gegenüber den neuen Ländern). Im Zusammenhang mit fehlenden Gewohnheiten im Umgang mit Darlehen (BAföG) könnte sich auch dies auf das Bildungsverhalten der Jugend auswirken.

5 Entwicklungs-Varianten

Für die Vorausschätzung der Studienberechtigtenzahlen wurden insgesamt drei Varianten mit jeweils zwei Modifikationen angenommen. Sie bildeten die Grundlage der Berechnungen zum Studienberechtigtenaufkommen für die Gesamtheit der neuen Bundesländer, differenziert nach den einzelnen Ländern.¹ Für die nach Regionen differenzierte Vorausberechnung werden hier nur die Varianten I.1 und III. in Anwendung gebracht. Sie charakterisieren die Breite des möglichen Entwicklungsspektrums durch die unteren und oberen Grenzen hinreichend genau.

Variante I.1 steht für eine relativ langsame Angleichung an die alten Bundesländer. Sie wäre sowohl denkbar bei einem relativ starken Beharren in bisherigen Denkstrukturen, bei attraktiven Angeboten nichtakademischer beruflicher Entwicklung, aber auch bei einer anhaltend ungünstigeren finanziellen Situation.

Variante III geht von einer kontinuierlichen, wenn auch allmählichen und nicht sprunghaften Angleichung an die Lebens- und Verhaltensweisen der alten Bundesländer aus.

6 Annahmen zur regionalen Differenzierung

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist gekennzeichnet durch eine im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern relativ schwache Besiedlung. Diese ist zudem sehr heterogen und konzentriert sich auf die früheren Bezirkshauptstädte Rostock, Schwerin und Neubrandenburg sowie auf den Raum Stralsund-Geißswald. Im Unterschied dazu sind die restlichen weiten Landesteile sehr dünn besiedelt. Daraus ergibt sich zudem eine Konzentration der Industrie auf die genannten Städte, aus der wiederum eine sehr differenzierte Qualifikations- und Sozialstruktur zwischen Stadt und Land resultiert. Im Zusammenhang mit den vorwiegend an der Ostseeküste konzentrierten Hochschulstandorten, die bekanntermaßen vor allem das Bildungsverhalten im Umkreis prägen, ergab sich daraus bereits zu DDR-Zeiten eine deutlich differenzierte abweichende Quote des Zugangs zur Abiturstufe und zum Studium in den vorwiegend städtischen und den ländlichen Kreisen. Im Durchschnitt des gesamten Bundeslandes lagen damit die genannten Quoten - trotz einheitlicher zentraler staatlicher Vorgaben - geringer als in allen anderen neuen Bundesländern. Diese Tatsache und auch

¹ Vgl. Adler, H.; Lischka, I., a.a.O.

die gravierenden Probleme bei der Umstrukturierung der Industrie und Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns begründen u. E., daß für dieses Bundesland auch künftig bei **insgesamt erheblichen Steigerungsraten** die Quoten der Bildungsbeteiligung geringer als in allen anderen neuen Bundesländern angenommen werden. Das deckt sich auch mit der Struktur in den alten Bundesländern, die z. B. für Schleswig-Holstein ebenfalls geringere Studienberechtigtenquoten als für Nordrhein-Westfalen ausweist.¹

Innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird die Bildungsbeteiligung zwischen Stadt- und Landkreisen vermutlich auch künftig stark differieren. Da aber innerhalb der hier betrachteten Regionen jeweils mindestens eine größere Stadt und mehrere Landkreise bestehen, kommen diese Unterschiede bei der nach Regionen differenzierten Prognose nur bedingt zum Tragen. Ausgehend von der derzeitigen Situation und mit Blick auf die sich abzeichnende Entwicklung werden jeweils für die Regionen Rostock und Schwerin sowie für die Regionen Neubrandenburg und Stralsund-Greifswald analoge Entwicklungen innerhalb der einzelnen Varianten, die nachfolgend erläutert sind, gesehen. Dabei wird davon ausgegangen, daß Rostock trotz aller aktueller Probleme Industrie- und Handelszentrum des Bundeslandes bleiben wird, dieses die Sozialstruktur in Stadt und Umkreis prägt und darüber hinaus der Standort der Universität ein entsprechendes, Bildung beförderndes Potential darstellt. Für den in gleichem Maße raschen Anstieg der Studienberechtigtenquote in der Region Schwerin sprechen vor allem die Funktion der Stadt als Hauptstadt des Bundeslandes sowie die Nähe des Hochschulstandortes Wismar, unabhängig vom Hochschultyp. Für den Hochschulstandort Wismar konnte schon in früheren Untersuchungen, z. B. zum zweiten Bildungsweg, eine überdurchschnittliche regionale Wirkung nachgewiesen werden.² Im Unterschied dazu, begründet durch die bisherige Bildungsbeteiligung, aber auch durch die vermutlich weniger starke industrielle Entwicklung, wird der Anstieg der Studienberechtigtenquoten in den Regionen Neubrandenburg und Stralsund-Greifswald trotz der auch dort bestehenden Hochschuleinrichtungen etwas weniger steil gesehen. Folgende Anteile der Studienberechtigten am durchschnittlichen alters-typischen Jahrgang im Jahr 2010 werden als Eckwert der einzelnen Varianten gesetzt:

¹ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Mädchen auf dem Weg zum Abitur. In: Bildung Wissenschaft Aktuell 1990, Heft 6, S. 39.

² Vgl. Lischka, I., a.a.O., 1987.

- Variante I.1 25 Prozent - Neubrandenburg und Stralsund-Greifswald
 29 Prozent - Rostock und Schwerin
 Variante III 33 Prozent - Neubrandenburg und Stralsund-Greifswald
 38 Prozent - Rostock und Schwerin

7 Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen

Steigen die Studienberechtigtenquoten nach dem Sprung um das Jahr 1993 nur langsam an (Variante I.1), würde dies trotzdem schon 1995 zu einem Anstieg der Studienberechtigtenzahlen auf 139 bis 153 Prozent der Anzahl von 1990 führen. Im Jahr 2000 wären dies bereits 178 bis 194 Prozent der absoluten Werte von 1990 (siehe Tab. 8).

Weitere fünf Jahre später läge das Spektrum mit 181 bis 202 Prozent des Ausgangswertes nur geringfügig höher. Im Jahr 2010 müßte dann mit Zahlen gerechnet werden, die etwa den Werten von 1990 entsprächen. Diese Entwicklung, trotz steigender Studienberechtigtenquoten, wäre allein der demographischen Entwicklung geschuldet. Bei einem wiederholten Anstieg der Geburten wäre folglich auch mit steigenden Studienberechtigtenzahlen nach 2010 zu rechnen. Insofern können die für die Jahre um 2010 ermittelten absoluten Werte **nicht als Grundlage langfristiger Planungen** verwendet werden. Sie kennzeichnen vielmehr die Ausnahmesituation dieses Zeitraumes. Das gilt natürlich auch für die anderen Varianten.

Tab. 8: Relative Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen in den Regionen von Mecklenburg-Vorpommern (unterste Grenze)

Region	1990	1995	2000	2005	2010*
Rostock	100	152	193	200	97
Schwerin	100	153	194	202	99
Stralsund-Greifswald	100	141	178	181	87
Neubrandenburg	100	139	178	181	86
Insgesamt	100	147	187	192	93

* Im Jahr 2010 besteht vermutlich eine Ausnahmesituation (Geburtenloch um 1990), nachfolgend ist mit einem Wiederanstieg der Studienberechtigtenzahlen zu rechnen.

Absolut würde Variante I.1 dazu führen, daß statt der bisher knapp 4.000 Studienberechtigten pro Jahr im Jahr 2000 mit etwa 7.500 gerechnet werden

könnte und diese Zahl dann auch in den folgenden Jahren relativ stabil wäre. Folgt man dieser Variante, wäre in den Regionen Rostock und Schwerin im Jahr 2000 jeweils mit rd. 2.100, in den Regionen Stralsund-Greifswald und Neubrandenburg mit jeweils reichlich 1.500 Studienberechtigten zu rechnen.

Die die oberste Grenze markierende **Variante III** steht für eine ab 1993 ansetzende lineare Angleichung an die in den alten Bundesländern bestehenden Studienberechtigtenquoten, die Ende des nächsten Jahrzehnts abgeschlossen sein würde. Das entspricht tendenziell auch aktuellen Einschätzungen zum Tempo der wirtschaftlich-sozialen Angleichung der neuen an die alten Bundesländer. Dabei wird nicht übersehen, daß eine frühzeitigere Angleichung und damit eine sprunghaftere Entwicklung bei entsprechender politischer Einflußnahme durchaus möglich erscheint. Gegenwärtig fehlen jedoch Anhaltspunkte dafür, wann und in welcher Form damit zu rechnen wäre, so daß auch auf entsprechende spekulative Berechnungen verzichtet wird.

Unter Annahme von Variante III ist mit einem enormen Anwachsen der Studienberechtigtenzahlen, vor allem bis Mitte des nächsten Jahrzehnts zu rechnen (siehe Tab. 9). Der Abfall nach dem Jahre 2008 würde folglich auch auf einem insgesamt höheren Niveau erfolgen.

Tab. 9: Relative Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen in den Regionen von Mecklenburg-Vorpommern (oberste Grenze)

Region	1990	1995	2000	2005	2010*
Rostock	100	185	245	258	127
Schwerin	100	187	247	259	129
Stralsund-Greifswald	100	183	217	234	115
Neubrandenburg	100	181	216	233	114
Insgesamt	100	184	233	248	122

* siehe Tab. 8

Auch bei dieser Variante zeigt sich, daß die relative Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen trotz unterschiedlicher Quoten zunächst, d. h. bis Mitte dieses Jahrzehnts, relativ ähnlich wäre. Anschließend würde sowohl die absolute als auch die relative Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen in

den Regionen Rostock und Schwerin deutlich schneller erfolgen als in den beiden anderen Regionen. Danach wären in den Regionen Rostock und Schwerin Mitte des nächsten Jahrzehnts jeweils etwa 260 Prozent des gegenwärtigen Aufkommens zu erwarten.

Absolut bedeutete dies Mitte des nächsten Jahrhunderts jeweils mindestens 2.800 Studienberechtigte in den Regionen Rostock und Schwerin sowie jeweils mindestens 2000 aus den beiden anderen Regionen, mithin für das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern etwa 10.000 Studienberechtigte.

8 Bruttostudierquoten

In den neuen Bundesländern nahmen unter Beachtung des Fernstudiums bislang fast alle Studienberechtigten ein Studium auf. Allein zum Hochschuldirektstudium (Vollzeitstudium) bewarben sich 1991 fast 91 Prozent aller Abiturienten. Diese hohe Quote resultiert in erster Linie aus der bislang engen Limitierung der Abiturientenausbildung generell, der harten Bindung der Abiturientenzahlen an die bilanzierten Studienplätze (Relation 1,2 Abiturienten pro Platz im Hochschuldirektstudium) und der damit verbundenen relativ strengen Leistungsauslese beim Zugang zur Abiturstufe (neben anderen Aufnahmekriterien). Diese Quote steht aber auch für eine Zwangslage der Abiturienten, die bei Studienverzicht nur bedingt eine Berufsausbildung aufnehmen konnten. Damit und mit den steigenden Studienberechtigtenzahlen kann diese Quote auf keinen Fall fortgeschrieben werden.

In den alten Bundesländern bestehen gegenwärtig Übertrittsquoten von reichlich 75 Prozent. Davon ausgehend werden von der Kultusministerkonferenz unter Berücksichtigung der steigenden Studienberechtigtenquoten für Prognosen Übertrittsquoten von 70 Prozent, 75 Prozent und 80 Prozent angesetzt, um die Bandbreite möglicher Entwicklungen zu erfassen. Dieser Ansatz und diese Relationen dürften auch für die neuen Bundesländer relevant werden, sobald die Altersjahrgänge mit freiem Zugang zur gymnasialen Oberstufe ins Studium kommen. Hinweise darauf gibt auch die Befragung der Abiturientenjahrgänge 1992 und 1994/95.¹ Für die Prognoserechnung wurde nur auf die anzunehmenden Extremwerte von 70 Prozent und 80 Prozent Bezug genommen, charakterisieren sie doch die Grenzen der Bandbreite. Unter Zugrundelegung der aus den verschiedenen Varianten der Studienberechtigtenentwicklung ermittelten niedrigsten und höchsten Zahlen

¹ Vgl. Lischka, I.: Potentielle Studienberechtigte in den neuen Bundesländern. Berlin 1992 (Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Projektberichte 2/1992), S. 12.

kann so eine Minimal- und eine Maximalvariante vorausschätzbarer Studienanfängerzahlen aus den einzelnen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns abgeleitet werden.

Für die Jahre 1991 bis 1993 sind dabei aber noch gesonderte Bedingungen zu beachten, resultierend aus den bis 1992 relativ relativ geringen Studienberechtigtenzahlen bei einem gleichzeitigen hohen Nachholebedarf seitens älterer Abiturienten, die früher kein Studium aufnehmen konnten. Dieser Nachholebedarf wird mit einem Zuschlag von 10 bis 30 Prozent von der Gesamtzahl der Studienberechtigten berücksichtigt. Der Nachholebedarf zeigte sich bereits bei den Studienbewerbungen 1990 und 1991, die jeweils ca. 38.000 betrugen, obwohl in diesen Jahren nur ca. 33.000 die Studienberechtigung erwarben.

9 Entwicklung der Studienanfängerzahlen

Die Studienanfängerzahlen aus den einzelnen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns werden sich künftig deutlicher als bisher voneinander unterscheiden. Das kann die Frequentierung einzelner Hochschulen und der an ihnen gelehrt Studienfächer deutlich prägen. Entsprechend der Studienberechtigtenentwicklung ist auch die Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den Regionen Rostock und Schwerin fast identisch, ebenso wie in den beiden Regionen Stralsund-Greifswald und Neubrandenburg.

Wird nur die Maximalvariante betrachtet, ergeben sich für die einzelnen Regionen bis zum Jahre 2005/06 (Gipfel in den Studienanfängerzahlen) enorme Steigerungen. Folgende absolute und relative Zahlen werden in diesem Zeitraum für möglich gehalten:

Tab. 10: Studienanfänger (Maximalvariante) um 2005/2006

Region	Anzahl	Anteil zu 1990
Rostock	2.270	210
Schwerin	2.300	238
Stralsund-Greifswald	1.670	203
Neubrandenburg	1.620	202
Mecklenburg-Vorpommern	7.860	214

Wenn auch aus gegenwärtiger Sicht eher eine Tendenz zur Maximalvariante und damit zur Explosion der Studienanfängerzahlen wahrscheinlich ist, sollten doch auch weniger spektakuläre Entwicklungen nicht von vornherein negiert werden. In diesem Sinne bietet die Minimalvariante Richtwerte für die gegenwärtig als unterste Grenze der Studienanfängerzahlen zu betrachtenden Steigerungen. Diese würden durchschnittlich bis zu 146 Prozent der Anzahl von 1990 gehen, bzw. in den einzelnen Regionen zwischen 137 Prozent und 161 Prozent betragen.

10 Studienanfänger innerhalb des Landes

Vorbehaltlich der bereits genannten Einschränkungen lassen die jüngsten, in den neuen Bundesländern durchgeführten Befragungen der Abiturientenjahrgänge 1992 sowie 1994 erste Trends hinsichtlich der Bildungswanderung erkennen. Deutlich werden Tendenzen eines sich polarisierenden Wanderungsverhaltens. 54 Prozent wollen vorrangig in den neuen Bundesländern studieren, ziehen dafür aber fast ausschließlich das heimatliche Bundesland in Betracht. Wer dieses hingegen verlassen will, orientiert sich dabei fast ausschließlich auf die alten Bundesländer, kaum auf ein anderes der neuen Länder. Dabei sind die Differenzierungen in Abhängigkeit vom Herkunftsland deutlich.¹

Der Abiturientenjahrgang 1991 ließ allerdings erkennen, daß Absichten und Realität auseinanderfallen. Obwohl etwa ein Drittel dieser Studienberechtigten ein Studium in den alten Bundesländern wünschten, haben das weniger als 15 Prozent verwirklicht.² Das dürfte mit den finanziell-materiellen Voraussetzungen der Studienanwärter zusammenhängen.

Ausgehend von einer künftig breiteren inhaltlichen Ausrichtung der Universitäten/Hochschulen in den neuen Ländern, erscheint es denkbar, daß bis zum Ende dieses Jahrzehnts maximal 20 Prozent der Studienanfänger aus Mecklenburg-Vorpommern in die alten Bundesländer abwandern, etwa 70 Prozent im Heimatland verbleiben und weitere 10 Prozent in andere neue Bundesländer wechseln (dabei sei die Zuwanderung aus andern Bundesländern mit berücksichtigt). Nach 2000 wird eine Verschiebung der Bildungswanderung zugunsten der neuen Bundesländer für denkbar gehalten.

¹ Vgl. Lischka, I., a.a.O., 1992.

² Hochschulrektorenkonferenz: Studienanfänger- und Studentenzahlen im Wintersemester 1991/92. Bonn 1992 (Dokumentation 3/1992).

Weiterführende Literatur

Fuchs, W.: Leuchtturm in der Bildungslandschaft? In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): E&W plus 1991, Heft 12, S. 10.

Inter Nationes (Hrsg.): Bildung und Wissenschaft 1991, Heft 5/6.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Prognose der Studienanfänger. Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010. Bonn 1991 (Stat. Veröff. Nr. 116).

Anschrift der Verfasser:

Dr. Henri Adler
Dr. Irene Lischka
Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4

O - 1157 Berlin-Karlshorst